Saarlouis, Samstag, 26 Juli 1919. Nr. 170 — 48. Jahrgang.

Saar-Zeitung

Vierteljährlicher Bezugspreis 5,50 Mk. Mit Bestellgeld 6,05 Mk. Anzeigenpreise: a) für die eingespaltene Grundschriftzeile im Anzeigenteil, amtlich, behördlichen, finanziellen und auswärtigen Anzeigen 30 Pfg., für den Kreis Saarlouis 26 Pfg. b) für die Grundschriftzeile im Reklameteil 70 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle: Bibelgartenstraße Nr. 6. Postnummer 6568 der Zeitungsliste. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 2. Postfach 39.

Die Eltern an die Front!

Nämlich an die Front im Schulkampf. Wer seinen Kindern die christliche Erziehung sichern will, der muß zur Selbsthilfe sich mobil machen.

Der Abg. Gröber führte jüngst in der Nationalversammlung aus:

„Die Eltern haben ihre Kinder von Gott erhalten, sie sind für ihre Erziehung verantwortlich; deshalb müssen sie auch einen maßgebenden Einfluß haben auf die Gestaltung des öffentlichen Schulwesens. Und wenn es bisher Eltern gegeben hat, die mehr oder weniger gleichgültig zur Seite gestanden haben, so wird es in Zukunft aufhören. Die Eltern müssen Stellung nehmen zu den großen, wichtigen Gewissensfragen."

Hat es denn auch in unseren Reihen Eltern gegeben, die gleichgültig zur Seite standen? Ja, die Zurückhaltung der Eltern ging vielfach aus einem übertriebenem Gefühl der Sicherheit hervor. Die Eltern dachten: Wir haben ja die konfessionelle Schule; wir haben ein konservatives Schulgesetz; wir haben die geistliche Schulaufsicht oder wenigstens die kirchliche Leitung des Religionsunterrichts; die Kinder werden von Schulwegen in den religiösen Uebungen angehalten; es ist also alles in schönster Ordnung und wir Eltern können beruhigt die Hände in den Schoß legen.

Bei dem großen Umsturz ist nun alles das zusammengebrochen. Die neuen Machthaber haben keinen Sinn für religiöse Erziehung und konfessionelle Schule. Die Gesetzgebung auf dem Schulgebiet soll neu geschaffen werden, die Verwaltung ist schon vielfach geändert worden. Die geistliche Schulaufsicht verschwindet. Der Staat will den Einfluß der Kirche auf die Schule möglichst vollständig beseitigen. Es kostet unseren Abgeordneten in Weimar ungeheuer viel Mühe, die notwendigsten Garantien für einen schulplanmäßigen Religionsunterricht zu retten und den Zwang zum Besuche der verweltlichten Simultanschule zu vermeiden. Das Zentrum im Preußenhause machte vergebens den Versuch, in den Schulbeiräten den Religionsgesellschaften eine Vertretung zu sichern oder wenigstens dem geistlichen Religionslehrer Sitz und Stimme im Lehrkörper zu verschaffen. Diese Anträge wurden abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Rechten angenommen.

Es bleibt also kein anderer Schutz für die christliche Erziehung des Nachwuchses, als das in Weimar errungene Kompromiß, und das stellt alles in den „Willen der Erziehungsberechtigten". Die Eltern (oder die Inhaber der elterlichen Rechte) haben darüber zu bestimmen, welche Schule das Kind besuchen soll und ob es am Religionsunterricht teilnehmen soll. Die Eltern haben ferner wesentlichen Einfluß auf die Einrichtung und die Tätigkeit der örtlichen Schulaufsicht. Die Eltern haben auch zu entscheiden, ob neben der Simultanschule oder der religionslosen weltlichen Schule eine Konfessionsschule gegründet und erhalten werden soll.

Wenn unsere Gesinnungsgenossen nicht zielbewußt und tatkräftig auf dem Posten sind, so werden die „Aufgeklärten" auf dem Schulgebiete ihren Willen durchsetzen; und auch unsere Kinder in eine Erziehung nach ihrem Geiste bringen — trotz der Abmachungen in Weimar; denn diese erhalten erst einen praktischen Wert, wenn die christlichen Eltern von den Rechten Gebrauch machen, die ihnen unsere Vorkämpfer erstritten haben.

Die christlichen Eltern dürfen sich nicht mehr auf den Staat verlassen, denn der ist jetzt religionslos. Sie dürfen auch der Kirche nicht mehr die ganze Last zuschieben, denn sie sehen ja, daß die Kirche systematisch aus der Schule herausgeschoben wird. Die Geistlichen haben zur Erteilung des Religionsunterrichtes und zur Anleitung im religiösen Leben keine Macht mehr, wenn sie sich nicht auf den ausgesprochenen Willen und die stete Mitwirkung der Eltern stützen können. Die „kanonische Mission" wird nicht mehr respektiert; die Elternmission muß in die Bresche treten.

Wir werden nur dann gute Schulen haben, wenn wir gute Eltern haben. Sonst wird der Nachwuchs in steter Abbröckelung für den Glauben und die Kirche verloren gehen.

„Rette deine Seele" steht auf dem Missionskreuzen. Jetzt kann man hinzuschreiben: „Rettet die Seelen eurer Kinder!"

Bollstämmen gewährt man mehr Rechte als uns, wir sind, wie dieser neueste Vorfall wieder recht deutlich zeigt, einfach die Leibeigenen der Berliner Gewaltmenschen. Dieser unerhörte, beschämende Zustand darf nicht länger mehr dauern, das muß doch endlich auch der geduldigste, lammesgeduldigste Rheinländer einsehen. Stimmen wir uns doch endlich darauf, daß eine derartige unwürdige Behandlung uns schließlich vor der ganzen Welt geradezu lächerlich und verächtlich macht, wenn wir sie ohne Widerspruch ertragen. Und der beste, gesündeste und nachhaltigste Widerspruch ist die einzellige und drastische Forderung nach einer Rheinischen Republik. Fordern wir alle die Volksabstimmung, das übrige wird sich dann schon finden, und mit der brutalen Gewaltherrschaft des Ostelbiertums wird's dann gar bald zu Ende sein.

Eine nette Vertretung der Rheinlande.

Die deutsche Kommission für die Versailler Verhandlungen über die Rheinlande besteht aus drei Nichtrheinländern. Staatssekretär Lewald stammt aus einer polnisch-galizischen Familie und kennt die Rheinländer natürlich gar nicht. v. Stark ist ostelbischer Stockpreuße, desgleichen v. Friedberg. Sämtliche drei sind Protestanten.

Die Rheinlande sollen also auf Berliner Befehl bei den wichtigen Verhandlungen über ihre Zukunft von drei Männern vertreten werden, die ihnen gänzlich fremd sind, deren Anschauungen die des fast ganz bekannten typischen Ostelbiers sind. Eine schnödere Vergewaltigung der Rheinlande, eine schlimmere Zurücksetzung ist einfach undenkbar. Wieder ein neuer Beweis dafür, wie man uns Rheinländer auch in Zukunft zu behandeln gedenkt. Kein Rheinländer darf da mitreden, wo über sein Wohl und Wehe verhandelt werden soll. Den zurückgebliebenen

Die Rede des Abgeordneten Dr. Kaas

in der Deutschen Nationalversammlung am 22. 7. über die Rheinlandfrage bildet unzweifelhaft einen Markstein in der Geschichte des freien Rheinlandes und wird ihre Wirkung im Reiche und in Preußen, besonders auf die beiderseitigen Regierungen, nicht verfehlen. Lange genug haben die Rheinländer unter die „über das normale Maß hinausgehenden Schwerhörigkeit der preußischen Regierung" leiden müssen. Abg. Kaas hatte die, gewiß nicht dankbare, Aufgabe, einen Kompromiß zur Annahme zu empfehlen, der gerade den Freunden eines freien Rheinlands große Opfer auferlegt. Und wenn wir die ganze Formulierung des Artikels 18 genau prüfen, dann finden wir tatsächlich darin so viele Klauseln, Kautelen und Bedingungen, daß kaum noch unter normalen Verhältnissen an die Errichtung eines freien Rheinstaates zu denken ist, und man die Befürchtung nicht los wird, daß man der rheinischen Republik ein Begräbnis erster Klasse hat zuteil werden lassen wollen.

Herr Abg. Dr. Kaas hat die großen Bedenken selber hervorgehoben. Er wußte, daß unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr zu erreichen war. Dafür hat er aber mit allem Nachdruck die Regierung aufgefordert, nun endlich ihre Klein-Politik aufzugeben und die loyale Durchführung dieser Abmachungen in die Hand zu nehmen. Mit aller Deutlichkeit hat er den Widerspruch gezeichnet, der darin liegt, daß man bisher die Rheinländer zur Erreichung ihrer berechtigten Wünsche auf den „legalen" Weg verwiesen, aber gleichzeitig diesen „legalen" Weg durch allerlei Hemmnisse verbarrikadiert hat. Der Artikel 18 trägt alle Schwächen eines Kompromisses an sich. In der Rheinlandfrage hat man übrigens bisher fast immer mit Kompromissen gearbeitet, bei denen die Freunde der rheinischen Republik stets den Kürzeren zogen. So oft die Bewegung in Fluß kam, wurde eine Barrikade in Form eines Kompromisses oder einer „Kommission" errichtet, die eine Zeit lang die Flut zurückhielt. Und wenn die Wogen diese Wehr einzureißen oder zu überfluten drohten, wurde schnell eine neue etwas stärkere Wehr errichtet. Wir fürchten, daß der letzte Kompromiß eine etwas zu starke Barrikade bildet, besonders mit der zweijährigen Wartezeit und der Dreifünftel-Mehrheit der Wahlberechtigten, aber wir wollen mehr zu hoffen ist. Wir fürchten, daß diese harten Bestimmungen, die unsere Abgeordneten trotz des guten Willens annehmen mußten, die Geduld des Volkes auf eine zu harte Probe stellen werden.

Der Papst und die soziale Frage.

Nach dem Figaro vom 20. Juli hat der Papst an den Professor der katholischen Universität zu Lille und Präsidenten der Katholischen sozialen Woche in Metz, Duthoit, einen Brief gerichtet, in dem er sich über die soziale Frage ausspricht. Nachdem der Papst daran erinnert hat, daß der Ausgleich der sozialen Klassen nur in dem Triumph der Gerechtigkeit und der Liebe erfolgen könne, schreibt er u. a.:

Wenn man also der Gesellschaft das Gleichgewicht, das beinahe überall als erschüttert erscheint, wiedergeben will, so muß man mehr denn je zu der Enzyklika Leos XIII. zurückkehren, zu jenem bewunderungswürdigen Dokument der päpstlichen Weisheit, in dem an die Rechte und Pflichten jedes einzelnen erinnert ist: an die Rechte in aller ihrer Weite, aber auch mit ihren Grenzen, und an die Pflichten, die untrennbar von den Rechten sind und wie sie unter alle Mitglieder der großen menschlichen Familie verteilt sind. Denn die Enzyklika Rerum Novarum spricht nicht allein von den Rechten der Arbeitgeber und den Pflichten der Arbeiter, denn jenen ist gesagt, daß, wenn sie Rechte haben, sie nicht vergessen dürfen, daß sie Pflichten haben, durch die sie fest gebunden sind. Den Arbeitern ist dort gesagt, daß, wenn sie die Pflichten, die ihrer Stellung zukommen, erfüllen müssen, sie deshalb keinen Eindruck der Entmutigung fühlen dürfen, als ob nicht auch sie Rechte hätten. Es gibt niemand, der nicht die Zweckmäßigkeit dieser Lehren begreift: es wäre ein schädliches Werk, wenn man den verschiedenen Klassen der Gesellschaft nur Rechte zuerkennen, oder wenn man ihnen nur Pflichten zuschreiben wollte. Wenn nun diese Zweckmäßigkeit mit Recht damals bei dem Erscheinen der Enzyklika Rerum Novarum gelobt worden ist, so scheint es, daß dies heute nicht weniger geschehen muß, in einer Zeit, da die gemeinsame Erbschaft der Rechte und der Pflichten noch nicht allgemein als eine unverweigerliche Bestimmung der göttlichen Vorsehung angenommen worden ist. Welcher sozialen Stellung auch immer die Menschen angehören, welches auch ferner der Stand ihres Reichtums oder ihres Elends ist, sie haben gleichzeitig mit ihren Rechten und häufig auch vor ihnen Pflichten zu erfüllen. Deshalb haben die sozialen Katholiken die beständige Sorge, mit einer vollkommen wissenschaftlichen Genauigkeit den Studien der Tatsachen eine sehr feinfühlige und sehr männliche Fügsamkeit gegenüber der Autorität der Kirche zu verbinden, die allein in der Lösung der sozialen Frage bei aller Anerkennung der Notwendigkeiten, die Körper und Intelligenz des Menschen verlangen, zugleich auch an seine Seele und an sein Bedürfnis nach Gerechtigkeit und Liebe appelliert.

Die Veteranen von 1870.

⁑ Weimar, 25. Juli. Die liberalen Abgeordneten Dr. Mittelmann und Graf zu Dohna haben folgende Anfrage im Interesse der Veteranen von 1870/71 eingebracht:

Die Veteranen von 1870/71, die eine Versorgung ziehen, die in keiner Weise dazu ausreicht, ein auch nur einigermaßen erträgliches Leben zu führen, leiden bitterste Not. Sie verbringen den Rest ihrer Tage in Siechenhäusern oder fallen der allgemeinen Armenpflege zur Last. Wenn Hilfe überhaupt noch nützen soll, dann muß sie unverzüglich erfolgen. Ist die Reichsregierung zu solcher umgehenden Hilfe bereit, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu dem Zweck zu ergreifen? Die finanzielle Not des Reiches dürfte in diesem Falle, zumal angesichts der geringen Zahl der noch lebenden Veteranen, kein Hindernis bilden.

Die Abschaffung des Adels in Bayern.

In der Beratung des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtags wurde nach einem gemeinsamen Antrag der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Mittelpartei (konservativ) neuerdings die Frage der Aufhebung des Adels besprochen. Der Antrag bezweckte die Aufhebung aller Vorrechte des Adels, aber die Beibehaltung des Adelstitels als Namenszusatz in der gleichen Form, wie es auch die Reichsverfassung bestimmt. Begründet wurde der Antrag mit der Verschiedenheit des Rechts und der Auslegung des Reichsgesetzes über die Namensrechte. Für den Fall der Beibehaltung des früheren Beschlusses des Landtags, wonach die Adelstitel ebenso wie die Adelsrechte für Bayern als aufgehoben gelten. Nach einer lebhaften Aussprache wurde der Antrag mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und der frühere Beschluß damit bestätigt. Es ist aber zu erwarten, daß im Plenum des Landtags der damals viel besprochene und stark kritisierte Beschluß des bayerischen Landtags vom 28. März aufgehoben und die Führung des adligen Namens gestattet werden wird.

General Robertson in Kaiserslautern.

Dieser Tage stattete General Robertson, Befehlshaber der englischen Besatzungstruppen am Rhein, General Fayolle und der hiesigen Garnison einen Besuch ab. Auf dem Stiftsplatz hatten am Vormittag zahlreiche Formationen der hiesigen Besatzung in Galauniform Aufstellung genommen, Infanterie und Kavallerie, die den Platz umsäumten. Kurz nach 10 Uhr traf General Robertson, von Straßburg kommend, im Sonderzug am Bahnhof ein, von wo im Auto unter Begleitung einer Kavallerie-Abteilung die Fahrt zum Stiftsplatz angetreten wurde. Hier intonierte zur Begrüßung des Gastes die Musikkapelle die englische Nationalhymne, der die Marseillaise folgte. Darauf begrüßte General Robertson das Offizierkorps, wobei er verschiedene Herren ansprach. Sodann schritten die Generäle Robertson und Fayolle mit Gefolge die Front der aufgestellten Truppen ab. Nachmittags um 5 Uhr verließ General Robertson unsere Stadt wieder im Sonderzug in der Richtung nach Kreuznach.

Keine Flucht des Prinzen Max von Baden.

— Konstanz, 25. Juli. Zur angeblichen Flucht des Prinzen Max von Baden erklärt das Rentamt in Salem in der Konstanzer Zeitung:

Der Prinz hat seit seiner Ankunft am 21. Juni Salem nicht wieder verlassen. Die Familie des Prinzen weilt zu kurzem Besuche in der Schweiz. Ihre Abreise erfolgte in aller Oeffentlichkeit im Motorboot von der Landungsstelle Uhldingen.

Dazu bemerkt die Konstanzer Zeitung, daß die erste Darstellung vom Ministerium des Innern in Karlsruhe gegeben war. Die Konstanzer Nachrichten veröffentlichen eine weitere Aufklärung von zuständiger Stelle, die Reisenden hätten nur den allergeringsten Geldbedarf für einen kurzen Aufenthalt in der Schweiz mitgenommen.

Aeußerungen des Kronprinzen.

Aus New-York wird gemeldet: In dem New York Sun veröffentlicht Karl v. Wiegand eine Unterredung mit dem Kronprinzen. Der Exkronprinz erklärte, daß er noch immer Vertrauen in den Geist der Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten hege. Während der Kaiser und er schwerlich eine gerechte Behandlung durch einen Gerichtshof, der aus ihren Feinden und Gegnern bestehe, erwarten könnten, seien sie doch beide bereit, vor einem Gerichtshof in den Vereinigten Staaten zu erscheinen, wo die Anwesenheit einer großen Zahl Bürger deutschen Blutes die gewünschte Atmosphäre hervorrufen würde. Ueber seine Zukunftspläne sagte der Exkronprinz, daß er gern nach Amerika kommen würde, um sich dort Finanzgeschäften zu widmen. Ich möchte, sagte er, gern ein Dollarkönig in Amerika sein, denn ich glaube, daß dieser Thron fester ist als der unsrige.

Eine berechtigte Forderung der Landwirtschaft.

Gutsbesitzer Jacoby Raffauf, Mitglied der Preußischen Landesversammlung, schreibt zur Unterstützung der von den deutschen Bauernvereinen an den Reichsfinanzminister gerichteten Eingabe: „Die Landwirtschaft hat während des Krieges unter außergewöhnlichen Umständen gearbeitet. Alle ihre Betriebsmittel wurden weit über das normale Maß hinaus angestrengt und verbraucht, ohne daß die Möglichkeit bestand die Minderung des Gebrauchswerts zu ersetzen. Haus, Stallungen und Scheunen mußten wegen Bauverschwerungen oder Bauverboten dem Verfall überlassen bleiben; der Boden wurde wegen des großen Mangels an Dungstoffen ausgesogen; die Gespanne gingen in ihrer Ausnützungsmöglichkeit infolge der dürftigen Ernährung und des Mangels an Geschirrstücken zurück. Trotzdem wuchsen die flüssigen Geldmittel in den Händen der Landwirte, hauptsächlich deshalb, weil sie gezwungen waren viele Betriebsmittel an die Heeresverwaltung herzugeben. Beträchtliche Summen der flüssigen Geldmittel der Bauern sind nur eingewechselte Betriebsmittel. Von diesen umgewandelten Betriebsmitteln sind die Eingänge vom kleinen Landwirt zum Landerwerb verwendet worden. Dadurch ist der Gemeinwert des Grund und Bodens vielorts weit über den Nutzungswert hinaufgeschraubt worden. Das wird jetzt bei der Festsetzung des Vermögens der Bauern eine üble Nachwirkung haben, wenn nicht dahin gewirkt wird, daß bei der Vermögensdeklarierung der Ertragswert des Grund und Bodens statt der für manche Parzellen angelegten Phantasie- und Liebhaberpreise angerechnet werden. Es steht doch unleugbar fest, daß Grund und Boden seit Beginn des Krieges an Ertragswert bedeutend ab statt zugenommen hat. „Dieser Tatsache stehen auch die Phrahlerei nicht entgegen, welche manche Leute mit angeblich großen Einnahmen machten, vielleicht um zahlungsfähige Käufer anzulocken. Im allgemeinen hat der Bauer seine Erzeugnisse zu Preisen abgeliefert, die ihm die Ansammlung von Vermögen unmöglich machte. Wer durch übermäßige Preise sich bereichert hat, schadete dem Stande und der Allgemeinheit. Die Praktiken dieser Leute erschweren es den zu der Landwirtschaftskommission berufenen Abgeordneten ungemein, der Landwirtschaft das ihr zustehende Recht zu erkämpfen. Die Regierung darf aber nicht den ganzen Stand für etwaige Vergehen einzelner büßen zu lassen. Sie muß bei der Vermögensgesetzgebung den Ertragswert gelten lassen, wenn nicht zahlreiche bäuerliche Existenzen ruiniert werden sollen. Dem Landwirt muß die Möglichkeit gegeben sein, seinen Betrieb in die Friedensarbeit zurückzugestalten. Es ist die dringendste Pflicht aller Organisationen, die in der Eingabe verfochten Forderungen zur Anerkennung zu bringen."

Deutsch-polnische Verhandlungen.

wz Danzig, 25. Juli. Zur Fortsetzung der am 16. Juli begonnenen deutsch-polnischen Besprechungen traf, von Posen kommend, eine polnische Kommission unter Führung des Kommissars des Obersten Polnischen Volksrats in Posen, Justizrats von Laszinski, in Danzig ein. Die Verhandlungen fanden Vormittag und Nachmittag im Sitzungssaal des Landhauses statt. Den Vorsitz führte Oberpräsident Schnackenburg. Seitens des Ministeriums des Innern nahm Geheimer Regierungsrat Lohr an den Verhandlungen teil.

Aufruhr in Marburg

wz Wien, 25. Juli. Nach einer Meldung aus Graz nahm an dem Aufruhr in Marburg nahezu die ganze Garnison teil. Die wilde Schießerei, wobei außer Gewehren und Maschinengewehren auch Granaten verwendet wurden, forderte mehr als 100 Tote und über 200 Verwundete. Nach den letzten Nachrichten trat in Marburg vollkommene Ruhe ein.

Luxemburg.

* Luxemburg, 25. Juli. In der Kammer schlug Präsident Altwies vor, das Großherzogtum Luxemburg solle sich finanziell am Wiederaufbau Verduns beteiligen und diese Stadt adoptieren. Der Vorschlag fand einstimmigen Beifall. Die Angelegenheit wird beim Staatshaushalt geregelt.

Als Lüge bezeichnet.

wz Budapest, 25. Juli. Nach einer Meldung des ung. Korr. Bür. richtete Tschitscherin einen Funkspruch an Bela Kun, in dem die vom rumänischen Preßbüro verbreitete Nachricht, Lenin habe der rumänischen Regierung den Frieden angeboten und Bessarabien Rumänien überlassen, als eine schändliche Lüge bezeichnet wird. Tschitscherin erklärt, daß die bessarabische Sowjetregierung mit der Moskauer Räteregierung aufs engste verbündet sei und die Sowjets Bessarabiens sich ihre Freiheit baldigst erobern würden.

Aus der französischen Kammer.

wz Paris, 25. Juli. (Havas.) In der Kammer sagte Finanzminister Klotz in Erwiderung auf eine Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung: Die Ausgabe einer neuen Anleihe ist beschlossen, doch muß hierfür der günstige Augenblick abgewartet werden. Die Liquidierung der aufgestapelten Vorräte wird erhebliche Einnahmen bringen. Der neue Eisenbahntarif wird gestatten, die Kosten das bezahlen zu lassen, was heute der Steuerzahler entrichten muß. Schließlich erklärte Klotz, daß er zu

allen Steuern seine Zuflucht nehmen werde, und er ersuche das Parlament um seine Mitarbeit bei der Aufstellung von Staatsmonopolen. Die gegenwärtig schwebenden finanziellen Verhandlungen mit den Alliierten würden erfolgreich durchgeführt werden, denn, so sagte Klotz, wir tragen Vertrauen auf diejenigen, die uns geholfen haben, den Krieg zu gewinnen.

mz. Versailles, 25. Juli. Der Friedensausschuß der Kammer setzte gestern die Fortsetzung des Berichts des Abgeordneten Dubois darüber, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Vertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung hoffentlich Objekte in Betracht gezogen hat hinsichtlich der Werte im feindlichen Ausland. Die meisten dieser Werte befinden sich in Amerika. Frankreich sei verhältnismäßig in ungünstiger Lage, da nur wenige deutsche Werte in Frankreich seien.

Aus den Erklärungen des Finanzministers Klotz in der französischen Kammer geht noch hervor, daß er beabsichtige, im August oder September eine Anleihe von 300 Millionen Franken zugunsten der Eisenbahn aufzulegen. Einen weiteren Typ von Anleihen mit Auslosungen will er zugunsten der wieder aufzubauenden Gebiete auflegen.

Kohlenmangel in England.

mz Amsterdam, 25. Juli. Der Telegraaf meldet aus London: Durch den Kohlenmangel wird die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und des Betriebes der Untergrundbahn notwendig. Außerdem hat der Kohlenkontrolleur den Händlern eine Verordnung zugehen lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohlen erhalte. Der Streik hat auf einige Kohlenfelder in Nottingham übergegriffen. In Lancashire sind über 8000 Arbeiter an die Arbeit gegangen. In Mittelengland müssen immer mehr Fabriken ihren Betrieb wegen Kohlenmangel einstellen. In Bradford sind 3000 Arbeiter ohne Arbeit. In Grimsby liegen die Fischdampfer fest, und auch in Hull leidet die Schiffahrt ernstlich.

Amerika und die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei.

mz Washington, 25. Juli. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei unterzeichnen werden.

Kirche und Schule.

Katholikentag in Aachen.

Die Vorbereitungen zum Katholikentag in Aachen (Katholikentag der rheinischen Westmark) sind, nachdem Kardinal von Hartmann freudig seine Zustimmung gegeben und seine Mitwirkung in Aussicht gestellt hat, nunmehr in vollem Gange, so daß mit einer wirkungsvollen Tagung gerechnet werden kann.

Luftschiffahrt.

mz Kopenhagen, 24. Juli (Hwas.) Ein dänisches Konsortium ist in der Bildung begriffen, um einen Lufttransportverkehr von Kopenhagen nach Paris mit Flugzeugen französischer Herkunft einzurichten. Ihr Dienst soll noch in diesem Sommer aufgenommen werden.

Turnen, Spiel und Sport.

+ Saarlouis, 25. Juli. Am morgigen Sonntag treffen sich die 1. ersten Mannschaften des hies. Sport- und Spielvereins und des 1. F. C. Fraulautern zum Wettspiel. Da der Fraulauterner Verein als spielstarker Gegner bekannt ist, dürften wohl sehr interessante Spiele in Aussicht stehen, so daß man auf die Resultate sehr gespannt sein darf.

+ Fraulautern, 26. Juli. Unter der Bezeichnung „Wanderverein Fraulautern" hat sich am 13. d. Mts. hier ein Verein gebildet, der sich die Förderung des Wandersports sowie die Pflege von Freundschaft und Geselligkeit zum Ziele setzte. Dem Verein sind bis jetzt schon etwa 60 Mitglieder beigetreten. Wanderungen, zu denen Gäste und Freunde des Wandersports eingeladen sind, werden im Anzeigenteil dieser Zeitung veröffentlicht.

Konsumgenossenschaftliches.

Dazu schreibt man uns:

Am Sonntag den 13. Juli hielt der Konsumverein Fraulautern eine außerordentliche Generalversammlung ab, zu der die Umwandlung des Vereins in einen Bezirkskonsumverein [illegible] auf der Tagesordnung stand. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Südwest-Deutschlands im Reichsverband deutscher Konsumvereine, Herr Oberpostsekretär Weber aus Trier, wies auf den maßlosen Wucher, der sowohl mit den Lebensmitteln wie auch mit den sämtlichen Bedarfsartikeln nunmehr seit Jahr und Tag getrieben werde, hin und betonte, daß nur die organisierte Selbsthilfe hier eine Besserung schaffen könne. [illegible] die Konsumgenossenschaften auszubauen. Vor allem seien die örtlichen Konsumvereine nicht in der Lage, den Zweck der Konsumvereine, eine Verbilligung der Lebensmittel herbeizuführen, zu erfüllen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß derartige kleine Gebilde ihren Mitgliedern keinerlei Vorteile bieten. Deshalb müßten die Konsumvereine auf eine breitere Basis gestellt werden. Sie müßten sich zu Bezirkskonsumvereinen zusammenschließen. Mehrere Orte müßten als Mittelpunkt angenommen werden, von wo aus im Umkreis von 30—40 Kilometer Filialen gegründet und diese möglichst mit Waren versorgt würden. Nur durch den gemeinsamen Großeinkauf könne eine Verbilligung der Lebensmittel erreicht werden. Weiterhin wäre es einem derartigen starken Verein auch möglich, zur Eigenproduktion zu schreiten. So allein müßten wir bis zu eigenen Großbäckereien kommen, was natürlich nur bei einer möglichst großen Anzahl von Mitgliedern und mit größerem Kapital möglich sei, wodurch sich die Gründung von Bezirkskonsumvereinen von selbst ergebe. Nach ihm ergriff das Wort der als Gast in der Versammlung anwesende Gewerkschaftssekretär Habdank, der die Ausführungen des Herrn Weber unterstrich und auch darauf hinwies, daß die örtlichen Konsumvereine bisher versagt hätten und deshalb die Gründung von Bezirkskonsumvereinen eine Notwendigkeit sei. Für die kleinen Konsumvereine ergebe sich daraus die Notwendigkeit, entweder sich den Bezirkskonsumvereinen anzuschließen oder es müsse über sie hinweggegangen werden. Beide Redner gaben dem Wunsch Ausdruck, daß die Generalversammlung die Umwandlung des Fraulauterner Konsumvereins in einen Bezirkskonsumverein vornehmen soll, was auch bei der nachfolgenden Abstimmung mit großer Mehrheit geschah. Man sollte nun meinen, daß mit diesem Beschluß, der zweifellos einen gewaltigen Fortschritt in der Konsumvereinsbewegung bedeutet, auch in unserer Gegend [illegible]. [illegible] des Vereins [illegible] Anhänger der [illegible] Arbeiterpartei [illegible] gewesen wären. Doch weit gefehlt! Zwei derselben [illegible] schon in der Versammlung durch einen Sturm im Glase Wasser [illegible]. Besonders war [illegible] gegen den Gewerkschaftssekretär [illegible]. Da der gute Mann jedoch mit seinen Ausführungen [illegible], [illegible] als Mitglied der Genossenschaft [illegible], so verfiel er der allgemeinen Lächerlichkeit. [illegible] den Wutausbruch in der Volksstimme Nr. 168 vom 21. Juli, wo in einem Krach- und Radauartikel [illegible] vom christlichen Faktor, Mittelstandsschutz und sonstigem Allerlei die Rede ist, wobei natürlich auch die [illegible] nicht fehlen dürfen. Die Versammlung sei einberufen gewesen von den christlich-nationalen Gewerkschaften. In der Versammlung habe der Fraulauterner Konsumverein zu den christlich-nationalen Gewerkschaften herübergezogen, mit der christl. Zentrumspartei verschmolzen werden sollen usw. Zunächst war die Versammlung nicht einberufen von den christlich-nationalen Gewerkschaften, sondern es war eine vom Vorstand des Vereins ordnungsmäßig einberufene Generalversammlung, die durch Zeitungsinserat ordnungsgemäß bekannt gemacht war. Weiterhin sollte der Verein nicht zu den Christlichen herübergezogen werden, weil dies nicht mehr nötig war. Der Verein gehört nämlich schon seit Jahren dem Reichsverband deutscher Konsumvereine an, der wie die christlichen Gewerkschaften auf streng neutralem Boden steht. Der beste Beweis dafür, daß dieser christliche Konsumverein nicht wie die sozialdemokratischen zu politischen Zwecken mißbraucht wird, ist ja der, daß die Fraulauterner Sozialdemokraten erst jetzt erfahren, daß sie einem christlichen Konsumverein angehören. Da im übrigen die bösen Christen diesen Herren einen Verein kaum mehr vernichten werden, so wird es den Herren bald leichter werden, diesem schwarzen Verein den Rücken zu kehren und sich dem noch zu gründenden, vorläufig noch als Zukunftsgebilde existierenden sozialdemokratischen Konsumverein anzuschließen. Es würde zu weit führen, wollte man all das wirre Zeug, das der Artikel der Volksstimme enthält, beantworten. Das eine sei nur noch festgestellt: Die Generalversammlung war einberufen, um den Konsumverein Fraulautern in einen Bezirkskonsumverein Fraulautern umzuwandeln, um so für die Verbraucher des Kreises Saarlouis, gleich welcher Konfession, gleich welcher Partei und welchen Berufs, eine starke und leistungsfähige Organisation zu schaffen, die auf streng neutralem Boden unter Ausschaltung jedweder Politik lediglich den Zweck hat, uns billigere Lebensmittel und Bedarfsartikel zu beschaffen. Wir dürfen daher wohl hoffen, des Beifalls der weitesten Verbraucherkreise sicher zu sein. Und nun in allen Orten an die Arbeit und Mitglieder geworben für den Bezirkskonsumverein Fraulautern. Je schneller das geschieht und je reichlicher die Beiträge eingehen, desto schneller werden wir einen Druck auf die jetzigen Lebensmittelpreise auszuüben in der Lage sein.

J. H.

Vermischte Nachrichten.

/ Saarwellingen, 26. Juli. In vorletzter Nacht schleppten Diebe den ungefähr 6 Zentner schweren Kassenschrank aus dem hiesigen Bürgermeisteramt nach einem naheliegenden Felde und versuchten denselben gewaltsam zu öffnen. Bergleute von hier, die morgens zur Frühschicht gingen, hörten das Arbeiten an dem schweren Schranke und riefen die Diebe an, worauf diese ihre Beute im Stich ließen und eiligst verschwanden. Trotzdem die Polizei mit einem Polizeihunde sofort zur Stelle war, konnte man die Spur der Diebe bis jetzt nicht ermitteln.

: Ittersdorf, 29. Juli. Am Sonntag, den 20. Juli, machte der Kirchenchor von Hülzweiler, 130 Mann stark, einen Ausflug nach unserem Ort. Gegen 2 Uhr rückte er unter den munteren Klängen eines Marschliedes ein und zog zur Kirche, wo er während der Andacht einige kirchliche Lieder vortrug. Zeigte das sechsstimmige Motett „Hodie" von Haller die ganze Macht und Fülle wie auch die Kunstfertigkeit des Chores, so weckte das sehr gefühlvoll vorgetragene Volkslied „Jungfrau wir dich grüßen" wohl bei allen Zuhörern tiefe Gefühle religiöser Innigkeit. Dann ging es in den Saal der Wirtschaft Fabick, wo die Sangesbrüder sich zunächst zu einem Trunk durch einen kräftigen Kaffee stärkten. Bald füllte sich der Saal mit unseren Dorfgenossen, die gespannt darauf warteten, weitere Weisen des Chores zu vernehmen. Der letzte Platz war bald besetzt. Man kam aber auch auf seine volle Rechnung. Schlag auf Schlag folgten sich die Liedervorträge, bald ein Männerchor, bald ein gemischter Chor, bald muntere Solis. Besonders gefallen hat wohl das prächtig vorgetragene, neckische „Schwefelhölzle", das auf stürmisches Verlangen wiederholt werden mußte. Bei lachendem Himmel und frischer Abendluft zogen die munteren Gäste gegen 7 Uhr wieder ab. Der Pfarrei Hülzweiler kann man zu ihrem Kirchenchor und seinem wackeren Dirigenten, Herrn Stephan Schäfer, nur Glück wünschen. Er wird unter so guter Leitung und so starker und williger Gefolgschaft noch manches Schöne in Kirche und Konzert bieten, Herzen und viele Herzen erheben und erfreuen.

* Merzig, 25. Juli. Herr [illegible] der Dr. Berns hat [illegible] seinen Dienst übernommen.

// Luisenthal, 25. Juli. Ein Zusammenstoß zwischen einem Lokomobil und einem Wagen der Straßenbahn ereignete sich hier vor der Wirtschaft Bauer. Von einem großen Transport Lokomobile stieß eines beim Ueberholen so stark gegen den Straßenbahnwagen, daß der ganze Vorderperron zertrümmert wurde. Verletzt wurde von den Passagieren niemand. Der beschädigte Trambahnwagen wurde ins Depot gebracht.

// Kreuznach, 25. Juli. Eine ungewöhnlich reiche Obsternte ist dem Naheland beschieden. Die Apfelbäume brechen förmlich unter der Wucht ihrer Früchte. Am Beerenobst ist alles überaus reich gediehen. Die Preise sind trotzdem verhältnismäßig hoch; Stachelbeeren 80 Pfg., Johannisbeeren 1 Mark, Birnen 50 Pfg. Aufkäufer finden sich massenhaft ein.

// Aus der Pfalz, 25. Juli. Seit dem die Weinausfuhr nach dem rechtsrheinischen Gebiet uneingeschränkt gestattet ist, haben die Güterverwaltungen der Bahnhöfe in den Weinorten vollauf zu tun. So mancher Bahnverband seufzt unter der Last der vielen Weintransporte und der Weinkeller wird auch leerer, wenn er das sieht und ihm damit zum Bewußtsein kommt, daß die Aussichten auf eine Verbilligung des Weines in unabsehbare Ferne gerückt sind.

// Koblenz, 25. Juli. Die amerikanische Behörde hat an den Oberpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß sie vollkommen den Wunsch des deutschen Volkes mitempfinde, den zurückkehrenden Kriegsgefangenen ein Willkommen zu bereiten, in Anbetracht dessen aber, daß die militärische Besetzung dauern müsse, bis der Friede von den verschiedenen Regierungen bestätigt sei, und besonders mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen Zeit etwaigen Störungen vorgebeugt werden müsse, werde der Oberpräsident beauftragt, die Regierungspräsidenten in Koblenz und Trier zu benachrichtigen, daß der Empfang der Kriegsgefangenen auf den persönlichen und Familienempfang zu beschränken sei. Amtlicher Empfang, Umzüge und andere öffentliche Versammlungen seien nicht gestattet. Dies solle natürlich das Rote Kreuz nicht daran hindern, den Kriegsgefangenen an den Bahnhöfen Erfrischungen darzubieten.

// Koblenz, 25. Juli. Die amerikanische Behörde hat allen Kaffeehäusern, Wirtschaften usw. im Bezirk der 3. amerikanischen Division streng verboten, zu irgendeiner Tageszeit an Offiziere und Soldaten Wein, Bier oder andere alkoholische Getränke zu verabreichen. Für die bürgerliche Bevölkerung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

// Wiesbaden, 26. Juli. Die Polizei überraschte hier nachts in einem großen Hotel eine Spielergesellschaft beim Bakkarat und beschlagnahmte Spielgelder in der Höhe von 6000 Mark. Die Gesellschaft bestand aus 28 Personen, Herren und Damen von Mainz und Wiesbaden. Die Mitgliederliste des vorläufig verwaisten Spielklubs fiel der Polizei in die Hände.

// Karlsruhe, 25. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl ist der bisherige Oberbürgermeister Siegrist nicht wiedergewählt worden. Nur die Demokraten, die als stärkste Fraktion ein Vorschlagsrecht hatten, stimmten für ihn. Das Zentrum und die Sozialdemokratie enthielten sich der Stimme.

// Köln, 26. Juli. Als Warnung für andere macht der britische Militärgouverneur die Mitteilung, daß die nachstehend Genannten am 3. Juli 1919 nach einer zweitägigen Verhandlung von einem britischen Militärgericht wegen Beteiligung an einer Verschwörung zur Befreiung von [illegible] und [illegible] unter alliierten Truppen schuldig befunden und zu folgenden Strafen verurteilt wurden: Ernst Seidel zu fünf Jahren Gefängnis, Gerhard Wagen und Fritz Spiegelberg zu je zwei Jahren Gefängnis. Das Urteil wurde in jedem Falle ordnungsgemäß bestätigt. Alle werden gewarnt, daß Personen, die sich eines solchen oder eines ähnlichen Vergehens schuldig machen, mit schweren Strafen verfolgt werden.

-| Hamborn, 25. Juli. Infolge schlagender Wetter sind auf der Zeche Neumühl acht Bergleute verschüttet worden. Bis zu den späten Abendstunden wurden drei von ihnen als Leichen geborgen, zu den fünf andern Verunglückten konnte man bis jetzt nicht gelangen, da die Strecke zu Bruch gegangen ist. Die Rettungsarbeiten sind noch im Gange, des weiteren sind drei Schwerverletzte zu beklagen, die sich bei den Rettungsarbeiten zu weit vorgewagt hatten.

mz. Berlin, 25. Juli. [illegible] Geschäftsleute werden zum Verkauf ihrer Geschäftshäuser vielfach mit der Drohung aufgefordert, daß vielleicht ihr Eigentum mit Beschlag belegt werden soll. Das ist aber, worauf von zuständiger Seite hingewiesen wird, unmöglich. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Lokales.

Saarlouis, 26. Juli.

// Bezugnehmend auf die Verordnung vom 12. Juli 1919 und die Bekanntmachung vom 17. Juli des kommandierenden Generals der 10. Armee, wird die von der Obersten Verwaltung des Saargebietes am 5. Juli erlassene Verfügung über die Waren und Lebensmittel, deren Ausfuhr aus dem Saargebiet einer offiziellen Genehmigung bedarf, umgeändert und durch die nachfolgende Bekanntmachung ersetzt.

Die nachstehenden Waren dürfen außerhalb des Saargebietes ohne Genehmigung der Wirtschaftsabteilung (bureau économique) oder der contrôle du ravitaillement weder aus- noch eingeführt werden.

Pferde — Stuten und Füllen — Maultiere beiderlei Geschlechts, Esel und Eselinnen, Vieh (Rindvieh und Kälber), frisches und gefrorenes Fleisch, Schinken und gesalzenes Fleisch, Wurst und Fleischwaren (Ochsenmaulsalat), geschlachtetes Federvieh, Fleischkonserven in Büchsen, tierische Fette außer [illegible], Margarine, Oel und Pflanzenfette und ähnliche Substanzen, Eier, kondensierte Milch, Käse, Butter, frische [illegible], Weizen — Spelz und Mengkorn (Körner und Mehl), Hafer (Körner und Mehl), Gerste (Körner und Mehl), Roggen (Körner und Mehl), Mais (Körner und Mehl), Buchweizen (Körner und Mehl), Brot, Grütze und Gries, Teigwaren und Nudeln, trockene Gemüse, Kartoffeln, Oelkörner und Früchte, Zucker in jeglicher Form, Confitüren, Chokolade, Kaffee grün und gebrannt, sehr reine Oele, Nährfette aus Pflanzen, Futter, Kleie aus allen Körnerfrüchten, Oelkuchen und Malzschrot, Seife (mit Ausnahme der Toilettenseifen).

Es wird infolgedessen die Ausfuhr der Schweine und Weine freigegeben.

Der Durchgangsverkehr für Waren, die aus den angrenzenden Ländern kommen, ist natürlich erlaubt. Die Postpakete, deren Beförderung künftighin zugelassen ist, müssen deutliche Angaben über den Inhalt aufweisen. Die Genehmigung kann auf einem Zettel, der diese Angaben enthält und von dem Absender auf das Paket angeheftet wird, beigefügt werden.

// Bei der Handwerkskammer Saarbrücken ist anstelle des Regierungsassessors Schwebel der Regierungsassessor Freiherr von Schorlemer zum Staatskommissar bestellt worden.

// Die Lederkommission der Nationalversammlung hat die Einfuhr von Häuten, Fellen, Schuhen und sonstigen Lederwaren beschlossen. Ferner wurde die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dieser Artikel verlangt.

// Durch eine Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 ist die unpfändbare Grenze bei Lohnpfändungen für solche Schuldner, die zum Unterhalt von Familienangehörigen verpflichtet sind, von 2000 auf 2500 Mark erhöht. Der Lohn zwischen 2000 und 4000 Mark unterliegt der Pfändung nur zum Teil. Für jede Person, die der Schuldner zu unterhalten verpflichtet ist, mindert sich der pfändbare Lohn um 1/10, zusammen um höchstens [illegible]. Für jeden Schuldner, die keine Unterhaltungspflichten haben, bleibt die Grenze auf 2000 Mark beschränkt. Zwischen 2 und 3000 Mark bleibt 1/10 pfändungsfrei und der 3000 Mark übersteigende Betrag ist keiner Beschränkung mehr unterworfen. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1919 in Kraft. Soweit Lohnpfändungen vorliegen, sind Aenderungen vorzunehmen, soweit die Verordnung angewendet werden kann.

* Neue Briefmarken, die in den nächsten Tagen zur Ausgabe kommen, erhält auch Belgien. Dieselben tragen das Bild des Königs Albert, mit dem Helm auf dem Kopfe und den Jahreszahlen 1914—1918. Die in Eupen und Malmedy zur Ausgabe gelangenden Marken tragen in einem schwarzen Querdruck die Worte „Eupen" bzw. „Malmedy".

* Für die Stellung der Hilfslehrer ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts von großer Bedeutung. Nach dieser ist einem Kandidaten des höheren Lehramtes das bezogene Einkommen weiter zu zahlen, wenn ihm das Provinzialschulkollegium die Verwaltung einer wissenschaftlichen Hilfslehrerstelle an dem Realgymnasium einer Stadtgemeinde ohne zeitliche Begrenzung übertragen hat und er zum Militärdienst einberufen worden ist. Die Lehrtätigkeit an den höheren Schulen einer Gemeinde ist eine staatliche Amtsverrichtung und stellt nicht ein privatrechtliches Dienstverhältnis dar.

// Infolge Stoffandranges mußte die für heute bestimmte Romanfortsetzung für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Neueste Nachrichten.

Entdeckung einer Goldschiebung.

mz. Frankfurt a. M., 25. Juli. Die Nachrichten-Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums deckte eine weitverzweigte Goldschiebung auf. Bisher wurden zehn Personen in dieser Angelegenheit verhaftet. Der Leiter der Gesellschaft war ein holländischer Fabrikdirektor, ein geborener Deutscher. Bei einem hiesigen Zahntechniker fand man mehrere hundert Zwanzigmarkstücke, von denen das Stück zum Preise von 135 Mark verkauft werden sollte. Der Direktor wollte 1000 Zwanzigmarkstücke zum Preise von 135 000 Mark verkaufen. Bei einem gewissen [illegible] fand man einen Goldbarren im Gewichte von fast 13 Pfund im Werte von nahezu 90 000 Mark. Bei einem andern Schieber entdeckte man mehr als 5000 österreichische Kronen und eine große Summe in guten alten Reichsbanknoten. Die gesamten Gold- und Banknotenvorräte überwies man der Reichsbank. Weiteren Goldschiebungen ist man auf der Spur. Der Direktor erzählte einem Beamten, daß er schon eine große Anzahl derartiger Goldschiebungen durchgeführt habe, und er könne auch jetzt noch nahezu 2 Millionen vermitteln.

Die Pfalz will bei Bayern bleiben.

mz. Bamberg, 25. Juli. In der letzten Sitzung des Landtagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten nahmen auch die pfälzischen Abgeordneten zum Landtag teil. Dem entschlossenen einmütigen Willen, weiter in Treue zu Bayern zu stehen, gaben die Vertreter des pfälzischen Volkes dadurch Ausdruck, daß sie den Ministerpräsidenten Hoffmann zur Abgabe folgender Erklärung ermächtigten: Die pfälzischen Abgeordneten ersuchen den Ministerpräsidenten, in ihrem Namen zu erklären, daß sie die Agitation für ein Großhessen zurückweisen und für die Aufrechterhaltung der Verbindung der Pfalz mit Bayern eintreten.

Zwangsanleihe.

mz. Berlin, 25. Juli. Einer Zeitungsmeldung zufolge wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwogen.

Enthüllungen Erzbergers über ein englisches Friedens-Angebot.

mz. Berlin, 25. Juli. Wie verschiedenen Morgenblättern aus Weimar mitgeteilt wird, beabsichtigt Reichsfinanzminister Erzberger in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wichtige Aktenstücke mit Bezug auf den Sommer 1917 zu verlesen, aus denen hervorgehe, daß ein englisches Friedensangebot durch die damalige Regierung Michaelis falsch behandelt worden sei. Der päpstliche Nuntius in München habe sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt mit der Erklärung, die englische Regierung habe durch den englischen Botschafter am päpstlichen Stuhl gebeten, in Deutschland anzufragen, wie dieses über die belgische Frage denke, um vielleicht auf diesem Wege zu einem baldigen Frieden zu kommen. Deutschland solle mitteilen, welche Entschädigungen es Belgien [illegible] und welche Garantien Deutschland beanspruche.

Amerikanische Kohlen für die Schweiz.

// Berlin, 25. Juli. Aus Zürich liegt eine Meldung vor, wonach dort zum ersten Mal ein Zug amerikanischer Kohle für die schweizerischen Bundesbahnen eingetroffen ist.

Die Kohlenlieferung für Frankreich.

mz. Paris, 25. Juli. (Havas.) Loucheur, der Minister für die industrielle Wiederherstellung, hatte am Mittwoch Nachmittag im Trianon-Palast in Versailles eine lange Besprechung mit Freiherrn von Lersner, deren Hauptgegenstand die Frage der von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlen bildete.

Der Besuch Poincarés in Brüssel.

mz. Brüssel, 25. Juli. (Havas.) Präsident Poincaré und Gemahlin und das belgische Herrscherpaar sowie Marschall Foch begaben sich nach Lüttich, wo sie mit Hochrufen empfangen und mit Blumen überschüttet wurden. Der Präsident übergab dem Bürgermeister das Kreuz der Ehrenlegion, das der Stadt wegen ihrer heldenhaften Verteidigung zuerkannt worden war.